

südostasien

Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

2 | 2026, Südostasien,

Autor*in: Ann-Katrin Voit

Grenzenloser Müll: Plastik ist politisch



Plastikmüll in der Natur © Ann-Katrin Voit, das Foto wurde teilweise mit KI bearbeitet

Südostasien: Malaysia, Indonesien und Vietnam sind die Endstationen globaler Plastikströme. Woher der Müll kommt und wer das Problem lösen kann.

Plastik liegt an Stränden, verstopft Flüsse, schwimmt im Meer und zerfällt zu Mikroplastik. In Südostasien transportieren Flüsse große Mengen Plastik in Richtung Meer: der Mekong, der durch mehrere Länder fließt, der Pasig in den Philippinen oder der Citarum in Indonesien. Extremwetterereignisse wie Überschwemmungen und Taifune verteilen den Müll zusätzlich. Schnell entsteht der Eindruck, die Plastikkrise sei vor allem ein lokales Problem: Verursacht durch fehlende Entsorgung, mangelndes Umweltbewusstsein oder Korruption.

Doch das greift zu kurz. Die Plastikkrise in Südostasien beginnt nicht erst dort, wo Müll sichtbar ist. Sie beginnt bei den Geschäftsmodellen internationaler Großkonzerne: Diese profitieren von globalen Produktionsketten, billigen Einwegverpackungen, weltweitem Konsum ihrer Güter und exportierten Abfällen. Politische Regeln ermöglichen das, denn die Verursacher müssen kaum Verantwortung für die Folgen übernehmen. Das Problem: Plastikmüll kennt keine Grenzen – politische Verantwortung hingegen schon. Wohlhabende Staaten und globale Unternehmen profitieren, während die ökologischen und sozialen Kosten andernorts sichtbar werden. So ist die Plastikkrise auch Ausdruck globaler Ungleichheit.

Zu viel Plastik - weltweit

Plastik ist eines der sichtbarsten Symbole einer globalisierten Konsumwirtschaft. Das Material ist leicht, billig, vielseitig und massenhaft verfügbar. Genau darin liegt sein wirtschaftlicher Erfolg. Aber es ist auch langlebig, teilweise sehr schwer zu recyceln und damit ökologisch problematisch. Viele Verpackungen werden nur einmal genutzt, bleiben aber über Jahrzehnte oder Jahrhunderte in der Umwelt.



Plastikmüll am Flussufer © Ann-Katrin Voit, das Foto wurde teilweise mit KI bearbeitet

Nach Angaben des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) gelangen jährlich 19 bis 23 Millionen Tonnen Plastikmüll in Flüsse, Seen und Meere. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) schätzt, dass im Jahr 2019 weltweit nur rund neun Prozent des Plastikmülls recycelt wurden. Diese Zahlen zeigen: Es gibt zu viel Plastik. Die Plastikkrise ist damit auch ein Problem zu hoher Produktion, zu kurzer Nutzungsdauer und unzureichender politischer Steuerung.

Die Logik: Möglichst viel Umsatz, möglichst geringe Kosten

Lange Zeit importierten Länder des Globalen Nordens einen erheblichen Teil ihres Plastikmülls nach China. Die Volksrepublik importierte so seit 1992 rund 45 Prozent des weltweit gehandelten Plastikmülls. Das zeigt eine wissenschaftliche Studie zum chinesischen Importstopp. Dieser erfolgte im Jahr 2018: China schränkte die die Einfuhr vieler Abfallarten stark ein. Daraufhin verlagerte sich das Müllproblem. Südostasien wurde zur Zielregion der Müllströme aus wohlhabenderen Staaten.

Diese Verlagerung folgt einer ökonomischen Logik: Unternehmen lassen ihren Müll dort entsorgen, wo es für sie am billigsten ist – in Ländern mit niedrigeren Löhnen, schwächeren Kontrollen oder überlasteter Entsorgungsinfrastruktur. Die Verursacher des Plastikmülls entziehen sich so ihrer Verantwortung. Sie machen den Müll zum Problem derjenigen, bei denen er landet.

Globale Unternehmen, lokale Folgen

Besonders problematisch ist die Rolle großer Konsumgüterkonzerne. Viele von ihnen haben ihren Hauptsitz in Europa oder Nordamerika, verkaufen ihre Produkte aber weltweit. In Südostasien treffen globale Markenstrategien auf lokale Märkte. Kleine Verpackungseinheiten, auch Sachets genannt, spielen eine große Rolle. Nur in Sachets sind Produkte wie Shampoo, Kaffee, Waschmittel oder Snacks für viele Menschen erschwinglich. Gleichzeitig sind sie besonders schwer zu recyceln.

Hier zeigt sich ein sozialer Zielkonflikt. Kleine Verpackungen ermöglichen erst den Zugang zu den Produkten. Allerdings entstehen so große Mengen Plastikmüll, die vor Ort kaum zu recyceln sind. Unternehmen profitieren von Reichweite und Absatz. Lokale Systeme sind häufig mit den Abfallmengen überfordert. Freiwillige Nachhaltigkeitsprogramme von Unternehmen lösen dieses Dilemma nicht auf. Notwendig sind verbindliche Regeln, so dass Unternehmen für den gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte verantwortlich sind. Das betrifft die Wahl des Produkt- und Verpackungsmaterials, Verpflichtungen zur Rücknahme von Müll und finanzielle Verantwortung für die Entsorgung ihrer Produkte.



Bochum: öffentlicher Mülleimer auf dem Gehweg ©Ann-Katrin Voit, das Foto wurde teilweise mit KI bearbeitet

Der Begriff *waste colonialism*, also Müllkolonialismus, beschreibt die ungleiche Verteilung von Abfall sowie Umweltlasten weltweit. Gemeint ist, dass koloniale und postkoloniale Muster fortwirken: Akteur:innen aus dem Globalen Norden nutzen Ressourcen, Arbeitskraft und Umweltkapazitäten des Globalen Südens aus. Wertschöpfung und Konsumgewinne entstehen anderswo.

Recycling als trügerisches Versprechen

In europäischen Ländern vermittelt Mülltrennung das Gefühl, das Müllproblem sei weitgehend unter Kontrolle. Die gelbe Tonne, der Recyclinghof oder das Pfandsystem erzeugen den Eindruck eines funktionierenden Kreislaufs. Doch Recycling ist kein neutraler oder geschlossener Prozess. Oft funktioniert es schlicht nicht.

Die Gründe sind vielfältig. Ein Teil des Materials ist verschmutzt, schlecht sortierbar oder besteht aus Verbundstoffen. Das sind mehrere Materialien, die nahezu untrennbar in einer Verpackung verbunden sind. Das führt dazu, dass auch die eigentlich recycelbaren Materialanteile nicht recycelt werden können. Ein anderer Teil ist wirtschaftlich kaum attraktiv, weil neues Plastik oft billiger ist als recyceltes Material. Ein Teil landet als Müllexport in Ländern des Globalen Südens.

Damit entsteht eine Lücke zwischen dem Versprechen der Kreislaufwirtschaft und der Realität globaler Müllmärkte. Diese Lücke ist politisch relevant. Denn sie erlaubt es wohlhabenden Ländern, ihre eigene Plastikkrise zu ignorieren. Was als sauber getrennte Verpackung beginnt, endet andernorts als schlecht kontrollierter Abfall.

Verantwortung endet nicht an Grenzen

Politische Entscheidungsträger:innen diskutieren Plastik häufig über individuelles Verhalten: weniger Tüten, wiederverwendbare Flaschen, bewusster Konsum. Diese Ansätze sind nicht falsch. Aber sie reichen nicht aus. Wer Verantwortung allein auf Verbraucher:innen verlagert, übersieht die Akteur:innen mit der größten Steuerungsmacht: Unternehmen, Regierungen und internationale Institutionen.

Multinationale Konzerne legen fest, welche Verpackungen in Umlauf kommen. Sie entscheiden über Material, Design, Haltbarkeit, Reparierbarkeit und Wiederverwendbarkeit. Staaten setzen die Rahmenbedingungen, innerhalb deren Unternehmen Plastik produzieren, verkaufen, exportieren oder entsorgen. Internationale Abkommen bestimmen, welche Abfälle Länder wohin exportieren dürfen und welche Kontrollen gelten.



Weggeworfener Müll an einer deutschen Straßenecke © Ann-Katrin Voit, das Foto wurde teilweise mit KI bearbeitet

Eine gerechte Plastikpolitik muss deshalb ansetzen, bevor das Plastik auf dem Markt ist: etwa bei der Produktion und beim Verpackungsdesign. Entscheidend ist verbindliche Produzentenverantwortung und die Frage, warum Einwegplastik in vielen Lieferketten überhaupt so dominant geworden ist.

Unsichtbare Arbeit im Müllsystem

In Südostasien tragen viele Menschen zur Bewältigung der Plastikkrise bei, die in politischen Debatten kaum sichtbar sind. Informelle Abfallsammler:innen sortieren, sammeln und verkaufen verwertbare Materialien. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Ressourcenschonung, arbeiten aber häufig unter prekären Bedingungen. Ihre Arbeit ist körperlich belastend, schlecht bezahlt und sozial wenig anerkannt.

Gerade diese informelle Arbeit hält Teile des Recyclingsystems überhaupt funktionsfähig. Ohne sie würden noch mehr Wertstoffe auf Deponien, in Flüssen oder in der Umwelt landen. Trotzdem werden informelle Sammler:innen in vielen politischen Programmen eher als Problem behandelt.

Eine sozial gerechte Plastikpolitik müsste ihre Rolle ernst nehmen. Das bedeutet: bessere Arbeitsbedingungen, Schutzrechte, faire Bezahlung und Beteiligung an politischen Entscheidungen. Wer Kreislaufwirtschaft fordert, darf diejenigen nicht übersehen, die den Kreislauf im Alltag ermöglichen.

Lokale Initiativen sind wichtig - aber nicht genug

Neben informeller Arbeit gibt es in Südostasien zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen, lokale Umweltgruppen und gemeindebasierte Projekte. Sie organisieren Sammelaktionen, Bildungsarbeit, Wiederverwendungssysteme oder lokale Recyclingstrukturen. Solche Initiativen zeigen, dass

Lösungen nicht nur von Regierungen oder Unternehmen kommen.

Gleichzeitig dürfen sie nicht als Ersatz für strukturelle Verantwortung missverstanden werden. Lokale Projekte können Bewusstsein schaffen, Druck aufbauen und konkrete Verbesserungen ermöglichen. Aber sie können nicht kompensieren, dass Unternehmen weltweit immer mehr Plastik produzieren. Die Plastikkrise lässt sich nicht allein am Ende der Kette lösen.

Entscheidungsträger:innen in Politik und Wirtschaft müssen sie bereits am Anfang der Kette begrenzen.

Autor:in

Ann-Katrin Voit

Ann-Katrin Voit ist Professorin für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik an der FOM Hochschule in Essen. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen an der Schnittstelle von Nachhaltigkeit, politischer Ökonomie, Regulierung und gesellschaftlicher Transformation.



Dieser Text erscheint unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.